

Christoph Schuck

Islam und Demokratie können zusammengehen – Das Beispiel Indonesien

Als Schattengewächs des Kalten Krieges über Jahrzehnte vernachlässigt, gehört in der gegenwärtigen globalen Sicherheitsarchitektur, insbesondere nach den Terroranschlägen des 11. Septembers 2001, die Thematik der Kompatibilität von Islam und Demokratie zu den dringendsten Fragestellungen. Der Fall Indonesien könnte hier als Signalgeber wirken.

Christoph Schuck

(* 1976) ist zurzeit Vertretungsprofessor für Außenpolitik und Internationale Beziehungen an der Universität Jena. Er leitet die *Europe-Asia Interdisciplinary Research Unit*. Aktuelle Neuerscheinung bei NOMOS: *Die Entgrenzung des Islamismus*. christoph.schuck@uni-jena.de



Es ist eine zunehmende Polarisierung der Einschätzungen spürbar, wenn es um die Frage geht, ob Islam und Demokratie überhaupt zusammenpassen. Während etwa in der politischen Debatte in Deutschland meist argumentiert wird, die überwältigende Mehrheit der (hier lebenden) Muslime fühle sich dem liberalen Rechtsstaat und der Demokratie verpflichtet und lehne jegliche Form des religiösen Radikalismus ab, scheint es doch in Teilen der Gesellschaft gewisse Vorbehalte gegen diese Einschätzung zu geben, die freilich in vielen Fällen eher aus einem »Gefühl« als aus einer empirisch fundierten Erkenntnis resultieren dürften. Verstärkt werden solche Vorbehalte durch Einschätzungen von zwei Seiten.

Während einige – westliche – Wissenschaftler wie z.B. Samuel P. Huntington zu dem Ergebnis gekommen sind, die »Kultur des Islam« könne pauschal für eine Inkompatibilität des Islam mit demokratischen Prinzipien verantwortlich gemacht werden, äußern sich auch einige Muslime – die Islamisten – in diese Richtung. Für sie ist es nicht vorstellbar, sich nach Gesetzen zu richten, die menschlichen und

nicht »göttlichen« Ursprungs sind. Sie lehnen demokratische Prinzipien ab und streben nach der verbindlichen Einführung der *Shari'ah*, des Gesetzes des Islams, da dieses aufgrund seiner göttlichen Herkunft und Legitimität die absolute und unverhandelbare Wahrheit beinhalte.

Zwei zentrale Fehler liegen einer solchen Sichtweise zugrunde:

Zum einen verkennen sie die Heterogenität des Islam und beziehen sich auf undifferenzierte Verallgemeinerungen. Zutreffend ist, dass es Muslime gibt – nämlich die Islamisten –, für die eine Zusammenführung von Islam und Demokratie ausgeschlossen ist. Aber ebenso richtig ist es, dass zahlreiche Muslime, darunter auch viele Islamgelehrte, erhebliche Parallelen zwischen islamischen und demokratischen Wertevorstellungen erkennen und sich für eine Zusammenführung engagieren. Zum anderen basieren pauschale Inkompatibilitätsszenarien auf einer Ignoranz der zu beobachtenden Realität, gibt es doch eine ganze Reihe von Beispielen, in denen Islam und Demokratie sehr gut miteinander harmonieren. Dies wird im Folgenden am Beispiel Indonesien verdeutlicht.

Bemerkenswert ist mit Blick auf Indonesien zunächst, dass ebenfalls hinsichtlich des dortigen Islam zwei exponierte Einschätzungen beobachtet werden können. Einerseits wird – vor allem aus der Perspektive des Westens – nicht oder nur unzureichend wahrgenommen, dass sich die indonesische Form des Islam von der

des Nahen und Mittleren Ostens signifikant unterscheidet. Der Islam wird auch in diesen Fällen als etwas Homogenes betrachtet und vor allem damit verbunden, was in den Medien, der Öffentlichkeit usw. kommuniziert wird, d.h. mit Extremismus und ggf. sogar Terrorismus. Andererseits – vor allem aus der Perspektive von Islamisten – wird argumentiert, der Islam in Indonesien sei »unrein« und man müsse in Frage stellen, ob es sich dabei überhaupt um »Islam« handeln würde.

Beide Einschätzungen sind unzutreffend und verkennen die Charakteristiken des Islam in Indonesien, der durch spezifische historische Entwicklungen beeinflusst wurde, dadurch eine besondere Ausprägung erfuhr, ohne gleichzeitig den klaren Bezug zu den islamischen Grundfesten verloren zu haben. Insgesamt können vier wesentliche Gründe identifiziert werden, die Aufschluss darüber geben, weshalb das Zusammenspiel von Islam und Demokratie in Indonesien überwiegend gut funktioniert.

Erstens spielt eine entscheidende Rolle, wie der Islam sich in Indonesien verbreitete. Durch muslimische Seefahrer, die auf ihren Handelsreisen zwischen Arabien, Indien und dem Süden Chinas die Inseln Java und Sumatra passierten, wurde ab dem 12. Jahrhundert der Kontakt zu den bis dahin hauptsächlich hinduistischen bzw. animistischen Bewohnern des großen Inselgebietes hergestellt. Die damit verbundene Ausbreitung des Islam verlief über einen langen Zeitraum und war in den Gebieten des inneren Javas erst im 17. bis 18. Jahrhundert abgeschlossen. Statt den auch aus der christlichen Seefahrt bekannten Zwangsmisionierungen vollzog sich die Annahme des Islams in Indonesien auf freiwilliger Basis, wozu die Involvierung der sufistischen Strömung des Islam beitrug. Als zusätzlich begünstigend für die Islamisierung erwies sich, dass der Islam keine individuelle Ungleichheit, wie etwa die des hinduistisch geprägten Kas-

tensystems, vorsah. Dies stellte für die bis dato Unterprivilegierten eine vielversprechende Chance dar, sich in der Gesellschaft besser zu positionieren. Für die anderen wurde die Konvertierung zum Islam als religiöses »upgrade« verstanden, als eine Verbindung zu einer, wie Greg Barton bemerkt hat, höher entwickelten Zivilisation, die über einen spirituell ausgereiften Glauben verfügte. Der Islam breitete sich in Indonesien somit mehr über »Anreize« als durch die Verbreitung von Angst und Schrecken aus.

Zweitens fand im Kontext des Unabhängigkeitskampfes und der Staatsgründung von der Mehrheit der Indonesier ein konzeptionelles Verständnis Anwendung, das die Relevanz eines *einheitlichen* über die eines islamischen Staates stellte. Dies bedeutete bereits einen frühen Sieg der Nationalisten – als Fußnote sei bemerkt, dass Nationalismus im indonesischen Sinne nicht mit dem zu Recht negativ besetzten europäischen Verständnis dieses Begriffes gleichzusetzen ist – über die Islamisten, die als die beiden wichtigsten Strömungen des Landes stets um die Vorherrschaft konkurrierten.

Die Entscheidung, anstelle eines islamischen einen religiös-pluralistischen Staat zu schaffen, wurde in der Staatsphilosophie (*falsafah negara*) Indonesiens, der *Pancasila*, verankert, die trotz erheblicher Diskreditierung in der Ära Suharto – *Pancasila* wurde dort als Machtlegitimationsinstrument missbraucht – auch heute noch den Status einer zentralen Leitlinie inne hat. Sie fungiert nach wie vor, wie auch der indonesische Philosoph Franz Magnis-Suseno im Gespräch mit dem Verfasser unterstrich, als formaler Garant eines (politisch) nicht-islamischen Indonesiens.

Drittens haben in Indonesien seit der Unabhängigkeit überwiegend die Akteure einen dominierenden Einfluss ausgeübt, die einer Islamisierung der Politik mit Ablehnung begegneten.

Auch wenn deren Haltung keineswegs unumstritten gewesen und zum Teil auf heftigen, ja militanten Widerstand von Islamisten gestoßen ist, kann dennoch konstatiert werden, dass sich letzten Endes – bis in die Gegenwart – stets jene durchsetzen konnten, die die einheitsstaatliche, nationalistische gegenüber der islamistischen Variante bevorzugten. Diese Gruppe stellte bisher alle sechs Präsidenten des Landes, und ihr kann der größte Teil des traditionell mächtigen Militärs zugeordnet werden. Anders als beispielsweise in Malaysia, bemerkte der indonesische Islamgelehrte Azyumardi Azra, stelle der indonesische Staat auch nicht den Anspruch, sich direkt in religiöse Angelegenheiten einzumischen. Zahlreiche muslimische Intellektuelle Indonesiens – wie etwa Azyumardi Azra, Abdurrahman Wahid oder der kürzlich verstorbene Nurcholish Madjid, der im Islam einen »noble spirit of humanitarianism« sah –, teilen diese Auffassung und haben zu ihrer Weiterentwicklung und Ausdifferenzierung beigetragen.

So betonte Abdurrahman Wahid, der erste demokratisch gewählte Präsident des postautoritären Indonesiens, in zahlreichen Gesprächen mit dem Verfasser, dass er die feste Überzeugung vertrete, dass islamische Leitlinien mit demokratiekonformen Handlungsmaximen korrelierten, wobei er auf Gemeinsamkeiten in den Bereichen Gerechtigkeit, Gleichheit, Freiheit und hinsichtlich des Willens zur Debatte verwies. Zwar würde auch er zustimmen, dass im Islam der Stellenwert des Kollektivs ein ganz besonderer sei. In diesem Sachverhalt, der auch und gerade für Indonesien gelte, läge jedoch kein Ausschlusskriterium für stärker individualisierte Demokratiekonzepte, da man dafür Sorge tragen könne, dass spezielle Merkmale, etwa die Beratung (*musyawarah*), das Streben nach kollektiven Konsentscheidungen (*mufakat*) und die Implementierung von Gerechtigkeit (*keadilan*) mit diesen kombiniert würden.

Viertens lehnt auch der überwiegende Teil der indonesischen Gesellschaft eine Islamisierung der Politik ihres Landes ab. Nachdem Islamisten nahezu fünf Jahrzehnte lang von den autokratischen Systemen Sukarnos und Suhartos zum Teil gewaltsamen Repressionen ausgesetzt waren, bestand in diesen Kreisen eine augenscheinlich nicht unberechtigte Hoffnung, man könne in der Ära demokratischer Reformen und freier Wahlen nun erheblich an Einfluss gewinnen. Diese Erwartung scheiterte. Sowohl bei den Gründungswahlen 1999 als auch bei den Folgeabstimmungen im Jahr 2004 verweigerten die Indonesier/innen stärker islamisch orientierten Parteien die von diesen erhoffte und erwartete Unterstützung. Wahlgewinner waren jeweils Parteien, die sich im Sinne eines einheitlichen Indonesiens gegen eine gesellschaftliche Islamisierung aussprechen.

Indonesien als Signalgeber

Indonesien stellt das größte überwiegend von Muslimen bewohnte Land der Welt dar – allein aus diesem Grund handelt es sich um keinen zu marginalisierenden Sonderfall, wenn es um die Frage nach der Kompatibilität von Islam und Demokratie geht.

Nach nunmehr zehn Jahren der Demokratisierung, die freilich noch nicht abgeschlossen ist, und trotz der Existenz von islamistischen Randgruppierungen – die zwar nicht unterschätzt werden dürfen, aber zumindest gegenwärtig über keinen unmittelbar demokratiegefährdenden Einfluss verfügen – muss das Potenzial Indonesiens hervorgehoben werden: als Signalgeber für eine funktionierende Kombination von Islam und Demokratie zu fungieren, und zwar nicht nur für das Land selbst, sondern weit über seine Grenzen hinaus.